Angst gibt es in allen Sprachen

Menschlichkeit gegenüber Flüchtlingen ist seltener

VON ROBERT GOEBBELS *

Ein Gespenst geht um in Europa: Attilas Hunnen fallen über das Abendland her. Die Sarazenen stehen wahlweise vor Poitiers oder vor Wien. Kurz, das christliche Europa scheint bedroht in seiner Identität, in seiner Kultur, in seinem Wohlstand.

Die Politik tut sich immer schwerer im Umgang mit diesen Ängsten. In vielen Ländern gewinnen rechte wie linke fremdenfeindliche Parteien Sukkurs durch verängstigte Bürger, welche „die Fremden" fürchten, keine „Migranten" wollten.

Da helfen keine Hinweise, die Geschichte der Menschheit sei eine Folge von Migrationen. Jedes Jahrhundert war geprägt von Völkerwanderungen, meistens getrieben durch wirtschaftliche Not.

Zwischen 1815 und 1914 wanderten 82 Millionen Europäer aus. Zwei Drittel davon nach Nordamerika, 20 Prozent nach Südamerika, circa sieben Prozent nach Australien und Neuseeland. Weltkrieg I wie Weltkrieg II setzten erneut Millionen in Bewegung. Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes mussten allein 11,7 Millionen Deutsche ihre frühere Heimat verlassen.

Auch Luxemburg lebte mit Migrationen. Im 19. Jahrhundert zählte das Ländchen um die 200 000 Einwohner. Es konnte seine Bürger nicht alle ernähren. Von 1845 bis 1891 emigrierten 70 000 Einheimische, meistens in die USA. Bei der französischen Volkszählung von 1891 wurden 31 200 luxemburgische Emigranten im nahen Lothringen gezählt. Es waren die damaligen Grenzgänger. Abgelöst nunmehr von den demnächst 200 000 Franzosen, Belgier und Deutsche, die jeden Werktag aus den Grenzregionen in unser Land strömen.

Recht auf Freizügigkeit

Freizügigkeit ist eine der vier Grundfreiheiten der EU. Über sechs Millionen Polen arbeiten außerhalb ihrer Heimat. Einer der Beweggründe für Brexit war die gefühlte polnische Invasion Großbritanniens. Hunderttausende Osteuropäer lesen Trauben in Frankreich, pflücken Früchte in Spanien oder Italien, stellen die Bedienung in der Tourismusindustrie, selbst in dem von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Griechenland.

Laut der UN-Agentur für Migrationen wurden 2017 weltweit 258 Millionen Migranten gezählt. Die meisten Flüchtlinge aus krisengeschüttelten Staaten bleiben in Nachbarländern. Von 6,3 Millionen geflüchteten Syrern kamen die wenigsten nach Europa. Die Türkei beherbergt 3,5 Millionen Flüchtlinge. Der Libanon sowie Jordanien je eine Million. Der Iran zählt mit fast einer Million Flüchtlingen, vornehmlich aus Afghanistan, mehr Immigranten als die Bundesrepublik. Pakistan beherbergt 1,4 Millionen Flüchtlinge. Das bitterarme Bangladesch hat 900 000 Rohyngya aus Myanmar aufgenommen. In Uganda leben 1,4 Millionen Geflüchtete. Im Sudan deren 900 000.

Kein Kontinent bleibt verschont. Circa 700 000 Venezolaner haben der „Volksdemokratie" der Chávez und Maduro den Rücken gekehrt. Sie harren aus in Peru, Kolumbien, Mexiko und Brasilien. 10 Millionen Mexikaner sind in den letzten 30 Jahren nach den Vereinigten Staaten ausgewandert, die meisten illegal.

Hexenkessel Afrika

Bedingt durch eine ungebremste Bevölkerungsexplosion sind die Länder südlich der Sahara das größte Sorgenkind. 2017 lebten 36 Millionen Afrikaner außerhalb ihrer Heimat. Die relativ reichen Südafrika, Nigeria, Elfenbeinküste, Tansania und Botswana sind Magnete für viele armen Afrikaner. Dazu gibt es politische Flüchtlinge aus Süd-Sudan, Somalien, den beiden Kongo, Burundi und Ruanda. Die mehrheitlich in Nachbarländern verharren.

Doch immer mehr peilen das „europäische Schlaraffenland" an. In den letzten zehn Jahren kamen circa zwei Millionen Afrikaner nach Europa. Viele illegal, manche auch legal. Etwa ein Drittel der afrikanischen Ärzte arbeitet in europäischen Kliniken.

In seinem interessanten Buch „La Ruée vers l'Europe" beleuchtet Stephen Smith, früher „Libération"-Journalist, die Migrationswelle von Afrika nach Europa. Die 2015 ausgebrochene Flüchtlingskrise betraf vorerst die Menschen aus den Kriegsgebieten Syrien, Irak oder Afghanistan. Doch die Mehrheit der Flüchtlinge, die nunmehr über das Mittelmeer nach Europa wollen (und zu oft dabei ihr Leben lassen), stammt aus wirtschaftlich instabilen afrikanischen Ländern, die ihrer explodierenden Jugend kaum Perspektiven bieten können. Wie in Luxemburg im 19. Jahrhundert.

Um 1900 stellten die Europäer ein Viertel der Weltbevölkerung. Afrika, das drei Mal mehr Landfläche besitzt als Europa vom Atlantik bis zum Ural, zählte damals circa 200 Millionen Menschen. Doch bis 2015 war die Bevölkerung Afrikas auf eine Milliarde angewachsen. In Europa ist die Bevölkerung in Ländern wie Deutschland, Italien oder Russland rückläufig. Um 2050 wird es zwei Milliarden Afrikaner geben. Die Europäer werden auf sieben Prozent der Weltbevölkerung zurückfallen. Gegenüber 25 Prozent vor 150 Jahren!

Dabei wird die EU ihren Bevölkerungsstand nur halten können, falls sie sich der Immigration öffnet. So wie hierzulande die Zahl der Luxemburger ohne die Einbürgerung von immer mehr Ausländern rückläufig wäre. Ohnehin funktioniert die nationale Wirtschaft nur dank dem Einsatz von Arbeitskräften, die zu über zwei Dritteln keine Luxemburger sind!

Doch gegen „Ausländer" gibt es zunehmende Widerstände. Vor allem wenn es sich um Flüchtlinge handelt. Glauben diese an Allah und sind gar „Neger", dann brennen bei vielen Mitbürgern die Sicherungen durch.

Jeder Schüler wird gelehrt: Alle Menschen sind gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe oder Glauben. Die meisten Luxemburger zeigen Empathie für Migranten, wenn das Fernsehen Bilder von im Mittelmeer ertrunkenen Kindern zeigt. Doch, wenn eine Behausung für Flüchtlinge in Esch oder Steinfort errichtet werden soll, dann wird sogar der „Schutz für Fledermäuse" angerufen, um die Nachbarschaft der „Anderen" zu verhindern!

Französische Polizisten räumen ein Flüchtlingscamp in der Nähe von Dunkerque. (FOTO: AFP)

Die Hurra-„Latzebuorger", die bei der kommenden Wahl antreten, sind keine bekennenden Rassisten und trotz gefährlicher Wortwahl keine Neonazis. Doch appellieren sie an die niedrigsten Instinkte vieler Mitmenschen: Angst, Egoismus, Ablehnung aller Fremden.

Das riskiert sich zu steigern mit den neuen Flüchtlingswellen aus Afrika. Stephen Smith bringt Fakten: Unterhalb der Sahara leben rund eine Milliarde der derzeit 1,3 Milliarden Afrikaner. 40 Prozent davon sind jünger als 15 Jahre. Fast ein Drittel der Europäer sind über 65 Jahre alt.

60 Jahre nach ihrer Unabhängigkeit haben bloß ein Drittel der afrikanischen Staaten Anschluss an die Weltwirtschaft gefunden. Ganz Afrika wiegt im globalen Sozialprodukt kaum drei Prozent. Zwar gibt es laut Weltbank circa 330 Millionen Afrikaner, die im „Mittelstand" angekommen sind. Dazu einige tausend Millionäre und gar Milliardäre.

Armut erzeugt Migration

Doch müssen viele Länder, etwa in der Sahelzone, mit einer sehr unproduktiven Landwirtschaft auskommen. 96 Prozent der Landwirte bewirtschaften dort weniger denn fünf Hektar. Sie haben nur „natürliche Düngemittel", verfügen über keine Pestizide und kaum landwirtschaftliche Maschinen. „Naturnah" erzeugen sie eine Tonne Getreide pro Hektar, gegenüber neun Tonnen in Europa. Eine Kuh liefert täglich einen halben Liter Milch, gegenüber 25 Liter in Europa. Bloß fünf Prozent des Agrarlandes wird bewässert, gegenüber 58 Prozent in Indien, das dank moderner Agrartechnologien, GMO inklusive, nunmehr seine eigene Bevölkerung ernähren kann.

> Die EU wird ihren Bevölkerungsstand nur halten können, wenn sie sich der Immigration öffnet. So wie hierzulande die Zahl der Luxemburger ohne die Einbürgerung von immer mehr Ausländern rückläufig wäre.

In den vielen Teilen Afrikas ist das nicht der Fall. Fehlende Transportmöglichkeiten, zu wenig Kühltechnik verhindern selbst die Nutzung der Eigenproduktion. In den explodierenden Mega-Städten Afrikas, wohin es die heranwachsende Dorfjugend zieht, findet man mehr Tomaten aus holländischen Gewächshäusern als aus eigenem Anbau …

Die Anballung von Hunderttausenden von Jugendlichen in den Slums der Großstädte ist die größte Herausforderung Afrikas, letztlich auch Europas. Gerade die erwerblose Jugend sieht Fernsehprogramme aus Europa, kennt Internet und Handys. Über die das vermeintliche Paradies winkt.

Es sind nicht die Ärmsten, die sich durch die Sahara bis zu den Küsten des Mittelmeeres durchzuschlagen. Sie haben oft eine höhere Erziehung, besitzen Sprachkenntnisse. Für die lange Reise benötigen sie die Unterstützung ihrer Großfamilie.

Stephen Smith beschreibt die Perversität der Situation. Die Migranten sind zum Queren des Mittelmeers auf Schlepper angewiesen. Diese nehmen ihnen viel Geld ab, um sie auf Schlauchboote zu pferchen. Da Außenbordmotoren teuer sind, werden letztere meistens nach Erreichen der hohen See zur Wiederverwendung abmontiert. Womit die Flüchtlinge der Strömung überlassen werden. Doch die Schlepper wollen ihr Geschäftsmodell nicht durch zu viele Ertrunkene ruinieren. Deshalb werden die Schlauchboote mit einem auf Seenot vorprogrammierten Handy ausgestattet, damit die Flüchtlinge die patrouillierenden Schiffe humanitärer Organisationen oder der Küstenwachen alarmieren können. Die so „gerettet" werden, aber immer weniger in Europa willkommen sind.

Das ist die bitterböse europäische Realität. Jene Parteien, welche die europäischen Werte der Menschenrechte und vor allem der Menschlichkeit bewahren wollen, werden abgestraft. Sowohl von den Fremdenfeindlichen wie von den Gutmenschen. Für letztere „versagt" Europa, wenn es nicht Millionen Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika aufnehmen kann.

Deshalb ist eine energischere Politik notwendig. Europa muss den Schutz seiner Außengrenzen verstärken, wie von der Kommission Juncker vorgeschlagen. Gleichzeitig muss mit den afrikanischen Staaten zusammenarbeitet werden, um den Migrationsstrom vor Ort zu stoppen. Durch Investitionen in Infrastrukturen und Wirtschaft müssen der Jugend Afrikas Perspektiven im eigenen Land geschaffen werden. Politische Asylanten müssen weiterhin in Europa Schutz bekommen. Sie müssen Sprachkurse erhalten, damit sie Arbeit finden und sich schneller integrieren können.

Illegale Immigranten gehören zurückgeführt, wobei die zu langen Prozeduren zu verkürzen sind. Gleichzeitig muss Europa legale Immigrationswege schaffen für Afrikaner. Besonders für Studenten, die einmal ausgebildet, zurück ins eigene Land sollen.

Die derzeitige „Entwicklungshilfe" hat Afrika wenig gebracht. Nur eine Modernisierung der Landwirtschaft sowie produktive Investitionen können es den Afrikanern ermöglichen, ihre Bevölkerungsexplosion zu meistern. Die Europäer können ihre Werte nur verteidigen, wenn sie der Flüchtlingskrise mit Verstand begegnen. Ansonsten werden die Populisten immer stärker und es verliert die Menschlichkeit.

---

* Der Autor war u. a. Wirtschafts-, Transportminister und Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Pour une Europe des valeurs, contre une Europe des lobbies

Réflexions autour de la visite du président de la République française et du Premier ministre du Royaume de Belgique au Luxembourg

PAR HENRI KOX ET CLAUDE TURMES *

Nous tenons à saluer l'engagement résolument pro-européen du président de la France et son combat contre les populismes qui gangrènent les démocraties européennes. Il s'agit de sujets fondamentaux pour l'avenir de nombreux concitoyens et sur lesquels nous nous rejoignons largement. Ce projet européen demeure toutefois incomplet tant qu'il n'aborde pas des sujets de société fondamentaux, dont la transition écologique, le changement climatique et la cohésion sociale.

Alors que l'urgence climatique se fait de plus en plus pressante – comme le témoignent les épisodes caniculaires que l'Europe a connues cet été – la relance de l'Union européenne et la constitution d'un élan populaire en faveur d'une Europe sociale, durable et au service des citoyens ne peut se faire que sur base d'une politique climatique ambitieuse autour d'un seul objectif acceptable: réduire à zéro le taux d'émission de gaz à effet de serre en 2050 au plus tard et passer au 100 % renouvelable en matière de consommation d'énergie.

S'opposer aux lobbies pour réincarner une alternative crédible et légitime

L'Europe possède les moyens pour atteindre cet objectif. Les coûts des technologies dans les secteurs de l'éolien et du photovoltaïque ont connu une baisse spectaculaire tout au long de la précédente décennie. L'initiative européenne en faveur des batteries («Airbus des batteries») permettra de diminuer les coûts de production à grande échelle et de s'engager pleinement dans l'électromobilité. L'Europe bénéficie d'un savoir-faire technologique de pointe (réseaux intelligents, bâtiments économes, etc.) et pourrait devenir le leader mondial dans le domaine de l'électromobilité et du stockage de l'énergie. En outre, les technologies vertes représentent un formidable gisement d'emplois, capables à compenser les pertes d'emplois dans les secteurs en perte de vitesse, comme celui du charbon. L'introduction d'un prix plancher pour le carbone pourrait contribuer à accélérer la transition et à rendre son financement indolore pour le contribuable. La France, l'Allemagne et le Benelux pourraient être pionniers en la matière et ainsi devenir le vrai moteur d'une Europe plus durable.

> La centrale de Cattenom constitue une menace existentielle pour le Luxembourg!

Toutefois, comme le rappelait Nicolas Hulot, l'ancien ministre de la Transition écologique et solidaire de la France, s'engager dans cette voie imposerait de faire face au poids écrasant de certains lobbies industriels conservateurs et rétrogrades. Les méthodes employées sont bien connues, mais pourtant souvent efficaces: le chantage à l'emploi, la menace de licenciements massifs, des plans sociaux. Ceci est le cas de l'industrie des énergies fossiles, d'une partie de l'industrie automobile ou encore du secteur agro-chimique, qui sont résistantes à l'innovation. Malgré les scandales en cascade, «Monsanto Papers» et «Dieselgate» en mémoire, la connivence établie entre certains décideurs politiques et intérêts industriels semble avoir de beaux jours devant elle.

Cattenom, Tihange: même combat!

Un lobby qui pousse les gouvernements successifs à persister dans l'erreur et qui met en péril notre avenir commun est celui de l'industrie nucléaire. Son impact sur la politique en Belgique est réel et en France, la situation est particulièrement préoccupante. Au-delà des coûts exorbitants de la construction et du démantèlement des réacteurs nucléaires, du fiasco industriel de l'EPR et du problème éthique résultant de la gestion des déchets légués aux générations futures, le parc électronucléaire français représente également une menace permanente en termes de sûreté, notamment pour les pays voisins. Rappelons que la centrale de Cattenom constitue une menace existentielle pour le Grand-Duché de Luxembourg!

Fermer les centrales de Cattenom et de Tihange convient à respecter la volonté populaire et légitime de nos concitoyens et reviendrait à renforcer la confiance des citoyennes et citoyens luxembourgeois envers nos deux pays-voisins. Misons sur le potentiel énorme des énergies renouvelables et mettons à l'arrêt les centrales nucléaires! Développons ensemble avec nos voisins des projets transfrontaliers dans le domaine des énergies renouvelables!

Il faut faire des choix! La relance du projet européen et la lutte contre le changement climatique partagent le fait qu'ils requièrent le courage de s'opposer aux intérêts acquis et aux conservatismes de tous bords, de s'opposer à une globalisation déréglulée et à la remise en question du rôle de l'Etat-Providence, élémentaire pour la cohésion sociale de nos sociétés.

Céder aux lobbies et à leurs intérêts particuliers reviendrait à nourrir les populismes et ainsi à fragiliser les bases de notre démocratie. Afin de convaincre nos concitoyens sur base d'un projet écologique et humaniste, il faudra que le Bloc progressiste parvienne à réellement s'émanciper des lobbies industriels et à assurer la conduite vers une société plus durable et plus solidaire. Travaillons ensemble sur ce fondement et rétablirons ainsi la confiance de nos concitoyens dans la force de proposition et d'action de nos gouvernements!

Un moulin à vent situé devant la centrale nucléaire de Doel. (PHOTO: AP)

---

* Claude Turmes, secrétaire d'Etat au Développement durable et aux Infrastructures
Henri Kox, député, président de la Commission de l'environnement de la Chambre des députés